

1518

Antrag

der Fraktion der CDU

Wohnen UND Arbeiten in Berlin – auch Industrie, Gewerbe und Kreativwirtschaft brauchen Platz

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Liste mit allen landeseigenen Grundstücken zu erstellen, die für die Ansiedlung von Industrie, Gewerbe und Kreativwirtschaft in Land und Bezirken vorgehalten oder bereits hergerichtet werden. Für jedes dieser Grundstücke soll der aktuelle Planungsstand oder die entsprechende Begründung für die Vorhaltung aufgelistet werden.

Ebenso soll eine Analyse der Bestandsimmobilien durchgeführt werden, die darlegt, welche der landeseigenen Immobilien für Industrie, Gewerbe und Kreativwirtschaft entwickelt oder genutzt werden können.

Ebenfalls soll der Bericht den vom Senat in Zukunft erwarteten Bedarf an Gewerbeimmobilien darlegen.

Der Senat soll bis zum 1. November 2018 berichten.

Begründung:

Im Kontext der wachsenden Stadt wird es für die Berlinerinnen und Berliner nicht nur immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung, sondern auch einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden, der nicht zu weit von Zuhause entfernt liegt. Deshalb muss alles dafür getan werden, dass Berliner Unternehmen auch in Zukunft in der Lage sind, genügend gut bezahlte, innerhalb der

Stadtgrenzen erreichbare Arbeitsplätze anbieten zu können. Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass die Berliner Wirtschaft im Bundesvergleich überdurchschnittlich stark wächst, laut Industrie- und Handelskammer (IHK) verzeichnet Berlin seit 2010 ein Wachstum von 11,6 Prozent. Allein die Industrie schafft laut IHK Berlin etwa 120.000 Arbeitsplätze und erwirtschaftet rund 30 Mrd. Euro Jahresumsatz.

Um diesen positiven Trend beizubehalten, wird es auch in Zukunft notwendig sein, ausreichend Büro- und Gewerbegebäuden für Industrie, Gewerbe und Kreativwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Ansonsten steht zu befürchten, dass zahlungskräftige Unternehmen zunehmend ins Brandenburger Umland getrieben werden. Das wäre für Berlin nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Stadtgesellschaft fatal. Denn früher oder später würden auch die Menschen den abwandernden oder dort erst überhaupt entstehenden Arbeitsplätzen folgen und Berlin den Rücken kehren. Diese Entwicklung gilt es in Berlin unter allen Umständen zu vermeiden.

Berlin, 02. Oktober 2018

Dregger Gräff
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU